

Pressemitteilung zum Bericht:

„Wissenschaftliche Empfehlungen zur Überarbeitung des Europäischen Klimagesetzes – Festlegung von Klimazielen zur Stärkung der strategischen Prioritäten der EU“

Weiterverfolgung der Klimaschutzmaßnahmen von entscheidender Bedeutung für die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der EU

Der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel fordert die Europäische Union auf, beim Klimaschutz ambitioniert zu bleiben, anlässlich der Ergänzung des Europäischen Klimagesetzes um ein Ziel für das Jahr 2040. In einem heute veröffentlichten Bericht empfiehlt der Beirat eine innereuropäische Reduktion der Netto-Treibhausgasemissionen um 90–95 % bis zum Jahr 2040, um die langfristigen Interessen Europas zu wahren und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen.

Der Anstieg der Treibhausgasemissionen hat die globale Durchschnittstemperatur bereits um 1,3–1,4 °C erhöht, was extreme Wetterereignisse begünstigt und die Ökosysteme der Erde an den Rand irreversibler Schäden bringt. Während die EU sich darauf vorbereitet, ihr Klimaziel für 2040 gesetzlich zu verankern, fordert der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel die politischen Entscheidungsträger nachdrücklich dazu auf, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu handeln und das bestehende Handlungsmomentum aufrechtzuerhalten. Angesichts zunehmender geopolitischer und wirtschaftlicher Spannungen ist eine konsequente Klimapolitik von entscheidender Bedeutung, um die strukturellen Transformationen zu ermöglichen, die für Europas langfristigen Wohlstand, Sicherheit und Resilienz erforderlich sind.

Der Bericht *„Wissenschaftliche Empfehlungen zur Überarbeitung des Europäischen Klimagesetzes – Festlegung von Klimazielen zur Stärkung der strategischen Prioritäten der EU“* überprüft die Empfehlungen des Beirats aus dem Jahr 2023 vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen, einschließlich überlappender Krisen und der strategischen Prioritäten des europäischen Politikzyklus 2024–2029. Er bestätigt, dass eine innereuropäische Netto-Reduktion der Treibhausgasemissionen um 90–95 % gegenüber 1990 bis 2040 wissenschaftlich fundiert und mit den übergeordneten strategischen Zielen der EU vereinbar ist. Dies bietet einen glaubwürdigen Weg zum rechtsverbindlichen Ziel der Klimaneutralität bis 2050.

Prof. Ottmar Edenhofer, Vorsitzender des Beirats, kommentierte:

"Der Klimawandel stellt keine isolierte Krise dar, sondern trägt zur Verschärfung anderer Krisen bei. Bei der Neubewertung unserer Empfehlung von 2023 stellen wir fest, dass ein Reduktionsziel von 90–95 % bis 2040 sowohl wissenschaftlich fundiert ist als auch den Weg der EU zur Klimaneutralität glaubhaft unterstützt. Dieser Herausforderung entschlossen zu begegnen, ist vollständig vereinbar mit der Bewältigung anderer dringlicher Prioritäten Europas – insbesondere im Bereich Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit."

Ein innereuropäisches Reduktionsziel von 90–95 % bis zum Jahr 2040 ist erreichbar und entspricht den strategischen Interessen Europas.

Der Beirat empfiehlt ein Ziel zur Reduktion der Emissionen um 90–95 % bis 2040, das ausschließlich durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden soll. Die Erreichung dieses Ziels ist möglich und würde zu einer fairen Beteiligung der EU im Rahmen internationaler Klimaschutzmaßnahmen beitragen. Der jüngste Fortschritt bei der Emissionsreduktion – insbesondere durch den schnellen Ausbau von Wind- und Solarenergie – zeigt, dass die EU grundsätzlich mit den Szenarien im Einklang steht, die das empfohlene Ziel stützen. Allerdings sind uneinheitliche Fortschritte zwischen Sektoren und Mitgliedstaaten neu zu bewerten und erfordern eine neue politische Entschlossenheit.

Ein klar definiertes und realistisches Ziel für das Jahr 2040 würde politische Planungssicherheit über das Jahr 2030 hinaus gewährleisten. Zudem würde es den Ausbau klimafreundlicher Technologien wie Elektrifizierung fördern, die Energiesicherheit durch eine geringere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen stärken und Innovation und Investitionen in der gesamten EU-Wirtschaft beschleunigen. Der Beirat empfiehlt, von der Nutzung internationaler Emissionsgutschriften zur Erreichung des 2040-Ziels abzusehen. Dies könnte zu einer Verschiebung von Ressourcen zugunsten von Investitionen innerhalb der EU und einer Gefährdung der ökologischen Integrität führen.

Prof. Jette Bredahl Jacobsen, stellvertretende Vorsitzende des Beirats, kommentierte: *„Ein Reduktionsziel von 90–95 % der Treibhausgasemissionen innerhalb der EU bis 2040 ist sowohl erreichbar als auch im strategischen Interesse Europas. Wir müssen unsere Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringern – und die dafür erforderlichen Technologien sind weitgehend vorhanden. Wenn wir Maßnahmen verzögern oder auf internationale Emissionsgutschriften setzen, riskieren wir, entscheidende Chancen zur Modernisierung der EU-Wirtschaft, zur Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze und zur Stärkung der Führungsrolle Europas im Bereich klimafreundlicher Technologien zu verpassen.“*

Stärkere Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel sind für den Aufbau der Klimaresilienz in Europa unerlässlich.

Neben Klimaschutzmaßnahmen fordert der Beirat die Schaffung eines stärkeren EU-Rahmens für die Anpassung an den Klimawandel. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger vor steigenden Risiken durch den Klimawandel zu schützen und Infrastruktur, Wirtschaft und Lebensgrundlagen zu sichern.

Europa ist der Kontinent, der sich am schnellsten erwärmt, und es treten bereits heute gravierende Folgen des Klimawandels auf. Steigende Temperaturen gefährden die öffentliche Gesundheit und führen zu vermeidbaren Todesfällen sowie wirtschaftlichen Schäden auf dem gesamten Kontinent. Die aktuelle EU-Klimaanpassungspolitik weist jedoch weder messbare Ziele noch eine solide rechtliche Grundlage auf.

Der Bericht appelliert an die EU, ihre gesetzgeberischen Rahmenbedingungen mit den internationalen Klimaanpassungsprozessen in Einklang zu bringen und dabei die bei der COP30 zu erwartenden Schlüsselentwicklungen zu berücksichtigen.

Prof. Laura Diaz Anadon, stellvertretende Vorsitzende des Beirats, kommentierte:
„Die Folgen und Risiken durch den Klimawandel nehmen zu – ebenso wie die Lücke zwischen dem, was notwendig ist, und dem, was aktuell vorhanden ist. Die EU sollte eine klare Strategie für klimabezogene Resilienz entwickeln und sie durch Governance-Strukturen, rechtliche Instrumente und messbare Ziele untermauern. Ohne eine Stärkung des politischen Rahmens für die EU-Klimaanpassungspolitik besteht das Risiko, dass Europa mit den Auswirkungen des Klimawandels nicht Schritt halten kann.“

Über den Europäischen Wissenschaftlichen Beirat für Klimawandel

Der Europäische Wissenschaftliche Beirat für Klimawandel ist ein unabhängiges Gremium, das im Rahmen des Europäischen Klimagesetzes eingerichtet wurde. Er liefert der EU wissenschaftliche Erkenntnisse, Fachwissen und Empfehlungen zum Klimawandel. Der Beirat bewertet klimapolitische Ansätze und Instrumente und identifiziert Maßnahmen und Chancen zur erfolgreichen Umsetzung der Klimaziele der EU. [Für detailliertere Informationen bezüglich des Beirats steht Ihnen dieser Link zur Verfügung.](#)

Pressekontakt: Rasmus Sangild / rasmus.sangild@esabcc.europa.eu